



Liebe Lipperinnen und Lipper, liebe Leserinnen und Leser,

die Zeit verrennt und schon sind wir wieder mitten im Mai. Die Temperaturen steigen allerdings nicht nur draußen, was uns möglicherweise jetzt das Thermostat an der Heizung nach unten drehen lässt. Auch die Gemüter bleiben erhitzt. Und weil meist ein Ungemach nicht alleine bleibt, so beschäftigten uns diese Woche wieder diverse Themen aus dem Hause der Ampel, die uns auch schlicht und ergreifend nicht kalt lassen können.

Bundesminister Habeck und Bundeskanzler Scholz bleiben Antworten zum Umgang mit den persönlichen Verflechtungen im Bundeswirtschaftsministerium, nachgeordneten bundeseigenen Unternehmen und Zuwendungsempfängern schuldig. Das Berufungsverfahren des Geschäftsführers der „dena“ genügte nicht rechtsstaatlichen Standards. Es sind noch viele Fragen offen, ob von Staatssekretär Graichen das Trauzeugen-Verhältnis bewusst verheimlicht wurde. Das Eingeständnis eines Fehlers reicht nicht aus.

Bei der Personalauswahl wird statt auf Fachexpertise auf Verwandtschaftsverhältnisse und Ideologie gesetzt. Das führt zu realitätsfremden Gesetzen – wie dem Heizungsverbot. Die Ampel verunsichert mit ihrem andauernden Streit Bürgerinnen und Bürger, Handwerkerinnen und Handwerker, Wohnungs- und Baubranche sowie die Industrie.

Wir hingegen stehen für Technologieoffenheit: Neben der Wärmepumpe muss die ganze Breite klimafreundlicher Lösungen – von Wärmenetzen über Bioenergie, Abwärmenutzung und Geothermie bis hin zu Wasserstoff – genutzt werden. Wir setzen auf „Fordern und Fördern“ statt vor allem auf „Verbieten und Verordnen“. Die CO₂-Bepreisung mit sozialem Ausgleich ist das Leitinstrument. Den Bürgerinnen und Bürgern bleibt die Entscheidung über den Weg zur CO₂-Einsparung überlassen.

Eine angemessene und verlässliche Förderung schützt die Bürgerinnen und Bürger vor finanzieller Überforderung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre und Eure
Kerstin Vieregge



FAIR HEIZEN statt VERHEIZEN

In dieser Woche haben wir unsere Kampagne gegen den Heizungs-Hammer der Bundesregierung gestartet. Unser Motto: Fair heizen statt verheizen. Für eine Wärmewende ohne soziale Kälte. Wir rufen alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich über den Link an der Aktion zu beteiligen.

[Mehr dazu...](#)

Flankierend dazu haben wir diese Woche unseren Antrag "Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung ohne soziale Kälte" in den Bundestag eingebracht. Wir setzen dabei auf Technologieoffenheit: Neben der Wärmepumpe muss die ganze Breite klimafreundlicher Lösungen – von Wärmenetzen über Bioenergie, Abwärmenutzung und Geothermie bis hin zu Wasserstoff – genutzt werden. Wir setzen auf „Fordern und Fördern“ statt vor allem auf „Verbieten und Verordnen“. Die CO2-Bepreisung mit sozialem Ausgleich ist das Leitinstrument. Den Bürgerinnen und Bürgern bleibt die Entscheidung über den Weg zur CO2-Einsparung überlassen. Eine angemessene und verlässliche Förderung schützt die Bürgerinnen und Bürger vor finanzieller Überforderung.

[Mehr dazu...](#)



ERGEBNISSE DER MPK ZUR MIGRATIONSPOLITIK UNZUREICHEND

Zu wenig, zu spät – damit lässt sich der Ansatz von Bundeskanzler Scholz für die Ministerpräsidentenkonferenz zusammenfassen. Die Maßnahmen, die Bundeskanzler Scholz zur Unterstützung der Kommunen vorschlägt, sind offensichtlich völlig unzureichend: Kaum Begrenzung des irregulären Zuzugs, keine schnelle Entlastung der Kommunen, keine weiteren Zusagen für eine langfristig planbare finanzielle Unterstützung.

Nur der Bund hat es in der Hand, den irregulären Zuzug nach Deutschland zu begrenzen. Hierfür finden sich in dem Vorschlagspaket für die MPK kaum Maßnahmen des Bundes, die unmittelbar und kurzfristig wirken, sondern vor allem Aufträge an die Länder und Verweise nach Brüssel. Das Paket enthält viele Vorschläge, die noch langwierig verhandelt werden müssen, deren Erfolg und Wirksamkeit erst in vielen Monaten feststeht und bei denen unklar ist, ob alle drei Koalitionspartner der Ampel sie mittragen werden. Insofern bleibt die Frage, wie ernst die Bundesregierung es mit diesen Vorschlägen meint.

Wir fordern deshalb: Diese Placebo-Politik muss enden. Wir brauchen jetzt: **Kurzfristig** wirksame Maßnahmen für eine Begrenzung des irregulären Zuzugs nach Deutschland.

- Dafür braucht es jetzt europäisch notifizierte, lageangepasste Kontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz, solange die zu hohe Zahl illegaler Einreisen anhält.
- Gemeinsam mit den Staaten und Institutionen der Europäischen Union brauchen wir zudem kurzfristig konkrete Maßnahmen für einen deutlich effektiveren EU-Außengrenzschutz. So können wir eine spürbare Reduzierung der irregulären Migration in die EU erreichen und den

binnengrenzkontrollfreien Schengenraum als eine der zentralen Errungenschaften der europäischen Integration erhalten.

Langfristig planbare und über die bereits zugesagten Pauschalen hinausgehende finanzielle Unterstützung des Bundes für die Kommunen. Solange der Bund die irreguläre Migration nicht effektiv begrenzt und steuert, muss er mindestens die vollständigen Kosten der Unterkunft – einschließlich angemessener und an der Migrationsentwicklung orientierter Vorhaltekosten – übernehmen. Daneben muss der Bund auch die Kosten der Integrationsleistungen in Schule, Kita und Beruf erstatten.

[Mehr dazu...](#)



WASSERSTOFFHOCHLAUF VORANBRINGEN

Wasserstoff ist der Schlüssel für eine starke und klimafreundliche Volkswirtschaft. Wasserstoff kann einen großen Beitrag zur Sicherung der Versorgung und zur Stärkung der Volkswirtschaft beitragen. Um die Vorteile der Wasserstoffnutzung breit zu entfalten, müssen die Weichen schnellstmöglich gestellt werden. Wir wollen und können Wasserstoff-Weltmeister werden. Dafür hat die vorherige Bundesregierung unter Führung der CDU/CSU im Jahr 2020 die erste Nationale Wasserstoffstrategie verabschiedet, die auch international weithin für Anerkennung gesorgt hatte. Die Ampel zögert, unsere Antworten als CDU/CSU-Fraktion für einen beschleunigten Wasserstoffhochlauf sind hingegen sehr klar: Wasserstofferzeugung und Importe müssen emissionsfrei bzw. -arm sein, aber nicht von Beginn an ausschließlich „grün“; die Wasserstoff-Infrastruktur muss von Beginn an ganz Deutschland einbeziehen und europäisch vernetzt sein; Anwendungsfelder für Wasserstoff ergeben sich in einem dynamischen Markthochlauf und sind nicht vorab politisch festzulegen; in Forschung und Entwicklung muss Deutschland wieder international führend werden.

[Mehr dazu...](#)



GENERALVERDACHT GEGEN DEN ÖFFENTLICHEN DIENST VERHINDERN

An der Integrität unserer Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten gibt es keine ernsthaften Zweifel. Alle Untersuchungen und Lageberichte der letzten Jahre zeigen übereinstimmend, dass unsere Staatsdienerinnen und -diener bis auf sehr wenige Ausnahmen fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Unter Demokraten sollte aber Einigkeit herrschen: Jeder extremistische Einzelfall ist einer zu viel. Menschen mit extremistischen und verfassungsfeindlichen Ansichten und Handlungen haben im Staatsdienst nichts verloren. Wer hoheitlich tätig wird, darf dies ausschließlich in dem vom Grundgesetz vorgegebenen und durch Recht und Gesetz ausgestalteten Rahmen tun. Uns eint daher das Ziel, Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung schneller aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen und möglichen Tendenzen bereits im Vorfeld konsequent entgegenzuwirken. Die Bundesregierung hat nun allerdings den Entwurf für ein **Gesetz zur Beschleunigung der Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften** vorgelegt, den wir in dieser Woche erstmals beraten. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Regelung führt zu einer Änderung dahingehend, dass mit einer Abschaffung der Disziplinarklage Bundesbeamtinnen und -beamte zunächst der Entscheidung der Dienstbehörde ausgesetzt wären und sich nur durch eine Klage gegen ihre Behörde im Dienstverhältnis halten können. Diesen Entwurf lehnen wir ab. Er wird von den Beamtengewerkschaften als nicht geeignet kritisiert und ist Ausdruck des Misstrauens gegen unsere Beamtinnen und Beamten. Der Bund ginge mit dem Gesetzentwurf einen Sonderweg mit ungewissem Ausgang und würde damit den verfassungs- und dienstrechtlichen Konsens in Bund und Ländern brechen.

Meldungen aus und für Lippe



STÄDTEBAUFÖRDERUNG WIRKT

Auch nach einem halben Jahrhundert ist die Städtebauförderung aktuell – und sie soll und muss es bleiben! Mit über 70 Millionen Euro hat sie bisher die Kommunen im Wahlkreis Lippe I beim Klimaschutz, bei interkommunaler Zusammenarbeit, zivilgesellschaftlichem Engagement, familienfreundlichen Projekten und vielem mehr unterstützt. Im Jahr 2022 waren es 3,7 Millionen Euro. Damit stärkt sie den ländlichen Raum und seine Städte und Gemeinden und ist gut für die Menschen, die hier leben.

Zum Tag der Städtebauförderung präsentiert die Alte Hansestadt Lemgo am 12. bzw. 13. Mai beim „White Picnic“ im Auenpark, in der „Guten Nacht der Kultur“ und bei den „Trendsportarten am Erlentreff“, wie sie mit Mitteln der Städtebauförderung attraktive Quartiere schafft und lebendige Nachbarschaften fördert. Ein Besuch lohnt sich bestimmt!

[Mehr dazu...](#)



DANKE DOMINIC EXNER!

Wie viele wissen, bin ich sehr offen dafür, jungen Leuten die Möglichkeit eines Praktikums in meinem Büro zu geben, um den Bundestag und seine Arbeitsweise näher kennenzulernen. So freute ich mich sehr über Verstärkung aus Bad Salzuflen. Dominic Exner - Student der Rechtswissenschaften unterstützte mein Team für drei Wochen. Vielen Dank für die großartige Zusammenarbeit!

[Mehr dazu...](#)



LEBENSHILFE DETMOLD MACHT SICH STARK FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

POLITIK! Wir müssen reden!

Das wollte der Werkstatttratt der Lebenshilfe Detmold. Und das ist den Organisatoren am diesjährigen „Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“ gut gelungen. Rund 100 Teilnehmende redeten lebhaft in den Workshops und brachten Vorschläge, Ideen und Verbesserungen für die Bereiche Arbeit, Zu Hause/Leben, Unterwegs/Freizeit, Barrierefreiheit ein. So unterschiedlich die Ansätze in den einzelnen Themenfeldern waren, es gab eine Forderung, die sich quer durch alle Bereiche zog: "Respekt für und Rücksicht auf andere". Hier kann jeder einzelne von uns noch heute besser werden!

[Mehr dazu...](#)



ZU GAST BEI DER PLANTAG GRUPPE

Einen langen Katalog mit Forderungen an die Politik hatte Hanno Baumann, Chef der Plantag Gruppe in Detmold, für unser Gespräch vorbereitet. Im familiengeführten, mittelständischen Unternehmen werden Lacke entwickelt und von Lippe in alle Welt exportiert. Die größten Sorgen dabei bereitet nicht etwa der internationale Wettbewerb, vielmehr ist ausufernde Bürokratie der größte Hemmschuh und kostet Geld, Zeit und Nerven – und ein Ende ist mit Blick auf EU-Taxonomie, CSR-Reportings und weitere Regelwerke und Vorschriften nicht abzusehen.

Wir alle in der Politik sind gefordert, die Sorgen unserer Unternehmen ernst zu nehmen, Bürokratieabbau schnellstens voranzutreiben und damit auch unsere Wahlversprechen einzulösen.

Den Aufschlag dazu hat die Unionsfraktion mit ihrem Antrag zum Bürokratieabbau gemacht, denn es ist Zeit zum Handeln!

[Hier geht's zum Antrag...](#)



FAHRSCHULE FÜR ALLE KRAFTFAHRER UND DIE ES EINMAL WERDEN MÖCHTEN

„Zwischen Schulschluss und Handballtraining“ ist Theorie-Unterricht in der Fahrschule Sven Bothe in Lemgo. Viele Teilnehmer gehen noch zur Schule und haben einen mit Hobbys prall gefüllten Terminkalender, auf den der Fahrschulchef sich eingestellt hat. Auch in Lieme, Hohenhausen und Blomberg ist Sven Bothe mit Filialen vertreten und deckt so den nordlippischen Einzugsbereich gut ab. Im Gespräch berichtet er über eine steigende Nachfrage nach Auffrischkursen – und zwar sowohl für Erste Hilfe wie auch für die Fahrpraxis. Menschen, die lange nicht hinterm Steuer saßen, zeigen damit Verantwortungsbewusstsein und gewinnen wieder Sicherheit, die allen Verkehrsteilnehmern zugutekommt. Eine prima Idee! Danke für die interessanten Einblicke.



43. VOLKSRADFAHREN IN LAGE

Zum 43. Mal fand das Volksradfahren der CDU Lage statt.
Über 100 Teilnehmende folgten der abwechslungsreichen Route. Ende war dann im Freibad, wo sich alle erstmal ordentlich stärken konnten. Höhepunkt war die spannende Verlosung von tollen Preisen.

Immer informiert mit Vieregge.

Herzlich Willkommen zu meinem Newsletter.

Mein Name ist **Kerstin Vieregge** und ich vertrete den [Wahlkreis 135](#) und die Region Lippe in Berlin als erfahrene Bundestagsabgeordnete.

Gerne biete ich Ihnen mehr Informationen [über mich](#), meine [Arbeit in Berlin](#) und im Wahlkreis sowie über die gesamte Region Lippe an.



Teilen



Weiterleiten



Copyright © 2023 Kerstin Vieregge MdB, All rights reserved.

Datenschutzhinweis:

<http://www.kerstin-vieregge.de/datenschutz>

Sie möchten Ihre Daten ändern zum Newsletterversand?

Sie können [Ihre persönlichen Daten ändern](#) oder [sich vom Newsletter abmelden](#).

